

Bildungspolitik Thema im Schulausschuss

CDU fragt nach Mehrwert der Gemeinschaftsschule, SPD wartet nur noch auf den Startschuss

Von unserem Redaktionsmitglied
Bernd Kappler

Baden-Baden. Noch ist überhaupt nicht klar, ob es in den nächsten Monaten im Gemeinderat eine Entscheidung für oder gegen die Einführung einer Gemeinschaftsschule geben wird, doch so langsam nehmen die Grundhaltungen Form an. Nach einer Besichtigungsfahrt vor wenigen Wochen zu einer bereits eingerichteten Gemeinschaftsschule und nach einem aktuellen Vortrag des Essener Bildungswissenschaftlers Professor Klaus Klemm am Mittwoch vor dem Schulausschuss sagte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Stadträtin Reinhilde Kailbach-Siegle, dass der Mehrwert dieser neuen, von der Landesregierung propagierten Schulart, für Baden-Baden noch nicht ersichtlich sei. Für Kurt Hochstuhl (SPD) war hingegen klar, entweder die Werkrealschule sterbe oder man mache eine Gemeinschaftsschule, die Chancen habe. Hoch-

stuhl: „Die Frage ist nur noch, wann fangen wir an.“ Beate Böhlen (Grüne) ließ durchblicken, dass auch sie sich eine Gemeinschaftsschule vorstellen könne. Allerdings: Der Gemeinderat hat hier wenig Einfluss, denn die Entscheidung liegt bei den Schulen, ob sie einen Antrag stellen wollen oder nicht (siehe auch unser Stichwort).

In seinem 30-minütigen Vortrag hatte Bildungswissenschaftler Klaus Klemm Eckdaten aufgezeigt: Kleine, nur einzügig geführte Schulen, hätten gravierende Nachteile, weil ihnen personelle Ressourcen fehlen. Schon heute müsse dort in den naturwissenschaftlichen Fächern zu 20 bis 30 Prozent fachfremd unterrichtet werden. Fachlehrer seien oft al-

lein und hätten keine Vertretung. Schwächen bei Schülern sei aus solchen Situationen direkt abzuleiten.

Die Gemeinschaftsschule biete hingegen Entwicklungspotenzial. Allerdings sei das Schulmodell kein Selbstläufer. Voraussetzung sei, dass sie auch von Schülerinnen und Schülern besucht werden, die die Grundvoraussetzung auch für den Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums hätten. Dazu müssten den Interessenten Perspektiven aufgezeigt werden, die bis zum Abitur führen. Eine enge Kooperation vor allem mit den beruflichen Gymnasien sei unabdingbar. Wie Bürgermeister Mihael Geggus ergänzte vor allem auch vor dem Hintergrund, dass in Baden-Baden überhaupt kein Schulgebäude für eine Gemeinschaftsschule einschließlich Oberstufe zur Verfügung stehe.

Sollte eine Schule in Baden-Baden einen Antrag stellen, dann müsste der Gemeinderat zur Fristwahrung spätestens im Mai 2014 entscheiden.

Stichwort

Gemeinschaftsschule

Nachdem laut Bürgermeister Michael Geggus die Realschule als Standort für eine Gemeinschaftsschule mehr oder weniger abgewunken hat, bleibt nur noch die Theodor-Heuss-Werkrealschule übrig. Deren Rektor Werner

Schlindwein sagte gestern im BNN-Gespräch nochmals, dass die Gremien der Schule derzeit über der Frage brüten würden, ob man einen Antrag stellen soll oder nicht. Schlindwein: „Bislang ist in keinerlei Richtung eine Entscheidung gefallen.“

Von Spekulationen halte er in diesem Zusammenhang im Übrigen gar nichts. Diese würden letztlich nur der Schule schaden. Es sei ein innerschulischer Entscheidungsprozess. bek